



«Entwicklungspolitischer Wahlcheck 2013»

- ein Projekt des EPN Hessen zur Hessischen Landtagswahl am 22. September 2013

Das Entwicklungspolitische Netzwerk Hessen e.V. (EPN Hessen) vertritt die Interessen und Anliegen der hessischen entwicklungspolitischen Gruppen, Initiativen, Vereine, kirchlichen Arbeitsstellen und größerer Nichtregierungsorganisationen (NRO).

Zur hessischen Landtagswahl stellt EPN Hessen den «*Entwicklungspolitischen Wahlcheck 2013*» vor: Die antretenden Parteien und KandidatInnen bekommen darin Gelegenheit, sich zu globalen Fragen und entwicklungspolitischen Themen zu positionieren. EPN Hessen stellt anschließend die Antworten der Parteien bzw. der KandidatInnen der Öffentlichkeit vor. Wir bitten daher, den Wahlcheck bis zum 09. August unter **info@epn-hessen.de** oder **postalisch** an die Geschäftsstelle des Netzwerks zurückzusenden und bedanken uns für ihre Teilnahme.

Entwicklungspolitisches Netzwerk EPN Hessen e.V.
Vilbeler Str. 36, 60313 Frankfurt
Tel. 069 / 913 95 170, Fax: 069 / 976 986 70

info@epn-hessen.de
www.epn-hessen.de

Die Themen im Überblick

- I. Strukturelle Förderung der Eine Welt-Arbeit in Hessen und ihrer Vernetzung im Entwicklungspolitischen Netzwerk Hessen e.V. (EPN Hessen)
- II. Erhöhung der Haushaltsmittel für das entwicklungspolitische Engagement der Zivilgesellschaft
- III. Stärkung von Belangen der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit und des Globalen Lernens in der hessischen Bildungspolitik im Sinne der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“
- IV. Kohärenz der Nord-Süd-Entwicklungspolitik und global nachhaltige Entwicklung als Querschnittsaufgabe
- V. Einrichtung eines entwicklungspolitischen Beirats in Hessen
- VI. Unterstützung kommunaler und regionaler Entwicklungszusammenarbeit in Hessen und Förderung des Agenda 21-Prozesses
- VII. Unterstützung globaler Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsziele und Lokaler Agenda-21 Prozesse
- VIII. Berücksichtigung entwicklungspolitischer Kriterien im Beschaffungswesen der hessischen Landesregierung
- IX. Stärkerer Einsatz Hessens auf Bundes- und Europaebene für die Entwicklungspolitik
- X. Stärkere Vernetzung zwischen Klimaschutz und Entwicklungsprojekten als Beitrag zu globaler Gerechtigkeit und nachhaltiger Entwicklung
- XI. Migration, Integration und Asyl in Hessen

Zu den Fragen im Einzelnen

I. STRUKTURELLE FÖRDERUNG DER EINE WELT-ARBEIT IN HESSEN UND IHRER VERNETZUNG IM ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN NETZWERK HESSEN E.V. (EPN HESSEN)

Die nicht-staatliche Eine Welt-Arbeit, wie sie im Entwicklungspolitischen Netzwerk Hessen angelegt ist, benötigt neben der Projektförderung unbedingt auch projektungebundene strukturelle Förderung, um Inhalte wie Formen des zivilgesellschaftlichen Engagements bedarfsorientiert und nachhaltig weiter zu entwickeln. Es braucht starke zivilgesellschaftliche Netzwerke, die globale Themen fachlich kompetent und dauerhaft begleiten, Bewusstsein schaffen, beratend und qualifizierend tätig sind. Die Beratungs- und Projektarbeit des EPN Hessen und der landesweit aktiven Eine Welt-PromotorInnen ermöglichen dabei eine verlässliche Unterstützung der Initiativen vor Ort.

<http://www.epn-hessen.de/netzwerk/promotorinnenprogramm>

Frage 1:

Werden Sie sich für die strukturelle projektungebundene Förderung der Beratungs-, Qualifizierungs- und Vernetzungsarbeit des EPN Hessen als Eine Welt Landesnetzwerk und seines Eine Welt-PromotorInnenprogramms einsetzen?

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

JA NEIN

Das Promotorinnenprogramm dient der Schaffung nachhaltiger Strukturen und wird in sofern von uns unterstützt. In Hamburg sind beispielsweise FachpromotorInnen für globales Lernen und fairen Handel tätig. Die zahlreichen Aktivitäten, die dazu bei vielen Mitgliedsgruppen laufen, sollen wirksam unterstützt werden, können eine höhere Sichtbarkeit erhalten und sich qualitativ weiterentwickeln.

Im Globalen Lernen geht es um die Stärkung und Verknüpfung der schulischen als auch der außerschulischen Bildungsarbeit. Für die Fairhandelspromotion geht es vor allem darum, die bisherigen Aktivitäten zu den Fair Trade Bewerbungen von Städten wirksam zu verankern, neue Akteure zu beraten und den Kreis derjenigen, die Verantwortung für die Fair Trade Stadt übernehmen, auszuweiten.

In einigen Bundesländern (z. B. Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hamburg, Berlin, Bremen und Baden-Württemberg) laufen Pilotprojekte zum PromotorInnenprogramm.

II. ERHÖHUNG DER HAUSHALTSMITTEL FÜR DAS ENTWICKLUNGSPOLITISCHE ENGAGEMENT DER ZIVILGESELLSCHAFT

1970 versprachen die Industriestaaten vor der UN-Vollversammlung mindestens 0,7% des Bruttonationaleinkommens (BNE) für Entwicklungshilfe aufzuwenden, was unserer Auffassung nach auch die Bundesländer in die Pflicht nimmt. Der Anteil der deutschen Entwicklungsausgaben am BNE lag für den Bund 2012 bei 0,38 Prozent („ODA-Quote“), ein erneuter Rückgang gegenüber 2011. Für Hessen lag der ODA Anteil am BIP 2011 bei 0,029%, wobei sich der Löwenanteil aus kalkulatorischen Kosten für Studienplätze ausländischer Studierender errechnet. Die zivilgesellschaftliche Bildungs- und Projektarbeit erhielt ganze 0,00011% der ODA-Mittel, bei denen überdies der Anteil des Landes jeweils nur max. 40% der Gesamtkosten deckt. Angesichts dieses überdeutlichen Nachholbedarfs, möchten wir von Ihnen wissen:

Frage 2a:

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Hessen die Forderung der UNO und des Europäischen Rats umsetzt, 0,7% des BNE für entwicklungspolitische Aktivitäten zur Verfügung zu stellen?

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

X JA

NEIN

Am Ziel, 0,7 Prozent des BIP für Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden, halten wir fest. Die Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP hat dieses Ziel so vernachlässigt, dass vereinbarte Zeitpläne dafür nicht mehr zu halten sind. Um das Ziel dennoch grundsätzlich zu erreichen, wollen wir jährlich im Bundeshaushalt 1 Mrd. Euro zusätzlich für Entwicklungszusammenarbeit bereitstellen und verstärkt neue und innovative Finanzierungsinstrumente in Deutschland und europaweit nutzen, insbesondere auch Mittel aus der Finanztransaktionssteuer nutzen.

Zivilgesellschaftliche Eine Welt-Arbeit ist geprägt von Vielfalt, großem Engagement und Sachverstand, Verantwortungsgefühl und hoher persönlicher wie politischer Verbindlichkeit. Dank dieser Charakteristika können staatliche Gelder und vorhandene Ressourcen hocheffektiv im Sinne global gerechter Entwicklung eingesetzt werden. 2013 wurde der Haushaltstitel des Landes für die Bildungs- und Projektarbeit von Nichtregierungsorganisationen deutlich überzeichnet, viele Projekte konnten nicht ausreichend gefördert werden.

Zivilgesellschaftliche Eine Welt-Arbeit ist geprägt von Vielfalt, großem Engagement und Sachverstand, Verantwortungsgefühl und hoher persönlicher wie politischer Verbindlichkeit. Dank dieser Charakteristika können staatliche Gelder und vorhandene Ressourcen hocheffektiv im Sinne global gerechter Entwicklung eingesetzt werden. 2013 wurde der Haushaltstitel des Landes für die Bildungs- und Projektarbeit von Nichtregierungsorganisationen deutlich überzeichnet, viele Projekte konnten nicht ausreichend gefördert werden.

Frage 2b:

Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen, diese Haushaltsmittel zur Förderung der zivilgesellschaftlichen Projekt- und Bildungsarbeit im nächsten Haushalt mindestens auf das Niveau von 2003 (534.000 Euro) anzuheben?

JA

NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

X JA

NEIN

Auch Hessen wird unter einer SPD Regierung die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit erhöhen. Unsere Haushaltsanträge in den letzten 6 Jahren haben dies kontinuierlich belegt. Danach wurde regelmäßig eine Verdoppelung der Mittel beantragt. Dies bedeutet noch nicht das Niveau von 2003, aber ist ein erster, wichtiger Schritt. Allerdings werden wir auch in anderen Ressorts Aktivitäten entwickeln, die in den Kontext der Entwicklungszusammenarbeit fallen. Dazu gehören Projekte der Energiewende.

In den bereits erwähnten Papier heißt es dazu: „Wir werden unsere Entwicklungspolitischen Aktivitäten an dem Grundgedanken globaler Umweltpolitik orientieren. Deshalb wird einer unserer Schwerpunkte der Technologie- und Wissenstransfer im Bereich der Umwelttechnologien, insbesondere der regenerativen Energien sein. Angesichts des Klimawandels und der zunehmenden Armut in der Weltgemeinschaft kann wirtschaftlicher Fortschritt nur als nachhaltiger, dynamischer und sozialer Prozess begriffen werden, der die Werte der sozialen Gerechtigkeit und der ökologischen Verantwortung mit den Interessen der Wirtschaft vereinigt. Nachhaltige Entwicklung bedeutet, dass grundlegende Bedürfnisse heutiger Generationen befriedigt und künftiger Generationen gesichert werden. Mit diesem Leitbegriff verbindet sich auch die Erkenntnis, dass ohne die Berücksichtigung sozialer und ökonomischer Belange die Umweltproblematik nicht gelöst werden kann.“

Entsprechendes gilt für die Kooperationen im wissenschaftlichen Bereich.

III. STÄRKUNG VON BELANGEN DES GLOBALEN LERNENS UND DER ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN BILDUNGSARBEIT ALS BEITRAG ZUR UN-DEKADE „BILDUNG FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG“ UND DARÜBER HINAUS

Die Hessische Landesregierung hat sich mit einem Kabinettsbeschluss vom 12.12.2005 dazu verpflichtet, sich aktiv und ressortübergreifend an der UN-Weltdekade "Bildung für nachhaltige Entwicklung" zu beteiligen.

Zahlreiche entwicklungspolitische Initiativen und NRO bereichern sowohl Hessens Schulalltag als auch die außerschulische Fort- und Weiterbildung mit

anspruchsvollen Angeboten Globalen Lernens. Hessen hat sich mit der Orientierung an Kerncurricula und dem Leitbild der selbstständigen Schule prinzipiell weiter für das problemorientierte, fachübergreifende Lernen geöffnet. Damit entwicklungspolitische Bildungsangebote nun besser dazu beitragen können, dass Menschen in Hessen global bewegt und kompetenzorientiert lernen, braucht es konkrete Ansätze sowie die Unterstützung des zivilgesellschaftlichen Engagements.

Frage 3:

Unterstützen Sie die Forderungen, das Konzept einer „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (UN-Dekade) gemäß des 2007 von der Kultusministerkonferenz und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vorgestellten „Orientierungsrahmen Globale Entwicklung“ in Hessen in allen Schulformen umzusetzen, es in die Ausbildung der Lehrkräfte zu integrieren sowie entwicklungspolitische Themen stärker in die Aus- und Fortbildungspläne der Fachhochschulen für die Angehörigen des Öffentlichen Dienstes aufzunehmen?

JA

NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

JA

NEIN

Mit Kabinettsbeschluss vom 12. Dezember 2005 hat sich die Landesregierung des Landes Hessen verpflichtet, aktiv an der UN – Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ mitzuwirken. Doch der Beschluss wurde von CDU und FDP nicht umgesetzt. Bereits seit 1962 haben sich die Ministerpräsidenten der Länder mehrfach zur Förderung der Entwicklungszusammenarbeit in entsprechenden Beschlüssen geäußert. Diese Beschlüsse sind vom Bundespräsidenten unterstützt worden. Auf der Grundlage der Kulturhoheit der Länder haben die Ministerpräsidenten in diesen Beschlüssen die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit als Handlungsfeld definiert. Durch die rasche Globalisierung und deren ambivalente Auswirkungen auf die Gesellschaft steht die Bildungsarbeit im Inland vor neuen

Herausforderungen.

Die entwicklungsbezogene Bildungsarbeit im Sinne von „Globalem Lernen“ leistet wichtige Beiträge, indem sie ökologische, soziale, politische und ökologische Abhängigkeiten aufzeigt und die Verbindungen zwischen lokalen und globalen Erscheinungsformen herstellt und zu einem weltoffenen, zukunftsorientierten, vernetzten Denken und Handeln befähigt. Lernen bietet die Grundlage für Verantwortung, Respekt vor und von kultureller Vielfalt und für ein friedliches Miteinander.

Deshalb wollen wir, dass im Sinne der UN – Dekade die Aktivitäten des Landes Hessen unter dem Aspekt „Globalen Lernens“ verstärkt werden. Ein konzeptioneller Schwerpunkt kann und sollte die Intensivierung der Ausbildungskooperation im Bereich der dualen Ausbildung sein. Mit dieser Ausrichtung, die zudem in der originären Zuständigkeit der Länder liegt, können langfristige Kooperationsbeziehungen entwickelt werden.

Wir schlagen ein Nachhaltigkeitsprojekt „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ als Kooperationsprojekt zwischen Wirtschaftsministerium und HMK vor.

IV. KOHÄRENZ DER NORD-SÜD-ENTWICKLUNGSPOLITIK UND VERANKERUNG VON ENTWICKLUNGSPOLITIK ALS QUERSCHNITTAUFGABE

Die über 90 Mitgliedsorganisationen des EPN Hessen fordern die konsequente Beachtung entwicklungspolitischer Grundprinzipien bei allen politischen Entscheidungen des Landes. Dazu gehört die stärkere Abstimmung und Transparenz aller Politikfelder, insbesondere jedoch Wirtschaft, Bildung, Umwelt, Kultur, Migration und Integration sowie die Berücksichtigung zivilgesellschaftlicher Expertise.

Bislang finden weder regelmäßige Berichterstattung durch die Landesregierung noch eine Debatte im Hessischen Landtag über die entwicklungspolitischen Auswirkungen der Landespolitik und den Einsatz der ODA-Mittel des Landes statt.

Frage 4:

Setzt sich Ihre Fraktion dafür ein, dass Hessens Entwicklungspolitik kohärenter wird sowie regelmäßig Monitoring und Berichterstattung stattfinden?

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

JA NEIN

V. EINRICHTUNG EINES ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN BEIRATS IN HESSEN

Hessens entwicklungspolitisches Engagement wird von staatlichen wie nicht-staatlichen AkteurInnen getragen und verdient breites öffentliches Interesse. Um die vielfältigen Formen der Zusammenarbeit zu fördern und stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken, befürwortet EPN Hessen die Einrichtung eines entwicklungspolitischen Beirates für die Landesregierung sowie die partizipative und öffentlich kommunizierte Erarbeitung entwicklungspolitischer Leitlinien/ Grundsätze des Landes.

Frage 5a:

Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen nach Einrichtung eines entwicklungspolitischen Landesbeirates, dem neben VertreterInnen der politischen Parteien auch VertreterInnen des zivilgesellschaftlichen Eine Welt-Landesnetzwerks und der universitären Entwicklungsforschung angehören?

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

JA NEIN

Die Arbeit des EPN in Hessen muss institutionalisiert und aufgewertet werden. Bislang sind die Treffen unverbindlich und viel zu selten. Die Einrichtung eines Beirats mit Verbindlichkeit, in dem neben Vertretern der im Hessischen Landtag vertretenen Parteien die Vertreterinnen und Vertreter der in Hessen aktiven NGOs und er Organisationen, die im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit tätig sind, Wie die WSU, sollten diesem Beirat angehören.

Wir dürfen aber auch prüfen, ob die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände bereit wären, in einem Beirat mitzuwirken. In einem Papier „Verantwortung für Hessen heißt Verantwortung für die globale Entwicklung“, dass die Hessische SPD Fraktion im vergangenen Jahr der Öffentlichkeit vorgestellt hat, heißt es: „Für die Hessische SPD Landtagsfraktion steht über jeder außenwirtschaftlichen, außenwissenschaftlichen, bildungs- und entwicklungspolitischen Aktivität der Grundgedanke einer Weltordnung, die der Verwirklichung einer gerechten Teilhabe an Reichtum und somit an Ressourcen verpflichtet ist. Wir wollen unsere außenwirtschaftlichen Aktivitäten in dem Bewusstsein globaler Verantwortung anlegen. Deshalb wollen wir die Felder der Außenwirtschaft, Außenwissenschaft, der Bildungs- und Entwicklungszusammenarbeit gemeinsam denken und entwickeln. In der Zusammenführung dieser Politikfelder geben wir eine in der Bundesrepublik einmalige Orientierung.“ Aus diesem Grund halten wir es für zielführen, wenn auch die Gewerkschaften und die Arbeitgeberverbände in einem solchen Beirat mitwirken.

Frage 5b:

Unterstützen Sie die partizipative Erarbeitung entwicklungspolitischer Grundsätze in einem öffentlichen Prozess unter Beteiligung der Zivilgesellschaft?

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

JA NEIN

Ein Großteil der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit wird in Hessen von ehrenamtlichen, vielfach kommunal getragenen Vereinen und Organisationen geleistet. Alleine im entwicklungspolitischen Netzwerk sind 22 Nord-Süd Partnerschaftsvereine in 15 Nationen organisiert.

Zahlreiche Bildungsträger wie die Karl Kübel Stiftung engagieren sich in konkreten Projekten. Die Stiftungen der politischen Parteien unterhalten ihre internationalen Büros. In anderen Bundesländern sind diese Stiftungen sogar Träger von Landesprojekten.

Bislang gibt es noch keine vollständige Datenbank über die entwicklungspolitischen Projekte in Hessen. Diese muss aufgebaut werden. Darüber hinaus wollen wir die Ehrenamtsarbeit in diesem Bereich weiter qualifizieren und entwickeln. Die entwicklungspolitischen Aktivitäten der Kommunen sollen gebündelt werden. Der Austausch zwischen den Initiativen ist zu fördern und gegebenenfalls sind gemeinsame Projekte als Form interkommunaler Zusammenarbeit zu organisieren. Dabei wollen wir auch die kulturelle und sprachliche Kompetenz der Migrantinnen und Migranten in Hessen in den Prozess der Brückenbildung zu anderen Ländern einbeziehen.

VI. UNTERSTÜTZUNG KOMMUNALER UND REGIONALER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT IN HESSEN

Kommunen sind wichtige Akteurinnen in der Entwicklungszusammenarbeit: Von Städtepartnerschaften, lokaler Wirtschaft oder kommunaler Beschaffung bis hin zu immer mehr hessischen Fair-Trade-Towns: Globales Lernen und Handeln findet oft in diesen lokalen Räumen statt. Dazu brauchen die Kommunen rechtliche Sicherheit und finanzielle Ressourcen.

Frage 6a: Global denken – lokal handeln

Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen, die Hessische Gemeindeordnung so zu ändern, dass

- a) **das Engagement kommunaler Stellen zum Thema Entwicklungszusammenarbeit durch das Land Hessen gefördert und eine Haushaltsstelle für kommunale Entwicklungszusammenarbeit (EZ) im Hessischen Landeshaushalt eingerichtet wird?**

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

- b) **kommunale entwicklungspolitische Beauftragte ernannt werden können?**

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

JA NEIN

Die kommunale Entwicklungszusammenarbeit hat in den letzten Jahren viel Anerkennung erfahren. So trägt das Präsidium des RGRE in seiner 102. Sitzung am 08.12.2011 in Halle "... der zunehmenden Bedeutung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit in den Kommunen sowie auf nationaler, europäischer und globaler Ebene durch die Einsetzung eines 'Ausschusses für kommunale Entwicklungszusammenarbeit' Rechnung". Auch das Präsidium des Deutschen Städtetages hat bereits 2009 darauf hingewiesen, dass die Kommunen einen spezifischen Beitrag in die Entwicklungszusammenarbeit einbringen können. Der Bund-Länder-Ausschuss Entwicklungszusammenarbeit (BLA EZ) zur kommunalen Entwicklungspolitik erkennt in seinen Empfehlungen vom Juni 2010 das vorhandene Engagement vieler deutscher Kommunen an und empfiehlt ihre Einbeziehung in einen staatlichen Mehrebenenansatz. Weiter ist die kommunale Entwicklungszusammenarbeit auch ein etablierter Politikbereich der Europäischen Union geworden.

Wir deshalb in Anlehnung an die Aktivitäten unseres Nachbarlandes Rheinland-Pfalz eine Koordinations- und Beratungsstelle für kommunale Entwicklungsarbeit auf den Weg bringen.

Denn durch fairen Handel, ökologisch und fair ausgerichtete Beschaffung in den Kommunen, Klimaschutz und den Einsatz erneuerbarer Energien sowie die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund und kommunale

Partnerschaftsprojekte können auch auf lokaler Ebene wichtige Beiträge zur Umsetzung der Millenniumsziele erbracht werden.

JA NEIN

VII. UNTERSTÜTZUNG GLOBALER ENTWICKLUNGS- UND NACHHALTIGKEITZIELE UND LOKALER AGENDA-21 PROZESSE

Mit dem Weltgipfel für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro wurde die Bedeutung lokaler Politikgestaltung für eine global nachhaltige und gerechte Entwicklung endgültig anerkannt und die **Agenda 21** als Umsetzungsprozess beschlossen. Mit der **Millenniumserklärung** der Vereinten Nationen von 2000 definierte acht Entwicklungsziele (MDGs), die bis 2015 erreicht werden sollten: Hungerbekämpfung, Bildung für alle Kinder, die Gleichstellung der Geschlechter, die Verbesserung der Gesundheit von Müttern und Kindern, die Bekämpfung von HIV/Aids sowie anderen Krankheiten, ökologische Nachhaltigkeit, Entwicklungspartnerschaft zwischen armen und reichen Ländern. Auf allen Ebenen verpflichteten sich Politik wie zivilgesellschaftliche Organisationen zur Erfüllung der Millenniumsentwicklungsziele.

Aktuell wird unter dem Stichwort **Post-2015 Agenda** auf UN-Ebene an der Formulierung globaler **Nachhaltigkeitsziele** (Sustainable Development Goals/SDGs) gearbeitet, welche als verbindliche Zielsetzungen für Norden wie Süden gelten sollen. Deren Erfolg wird jedoch weiterhin massiv von ihrer lokalen Verankerung und Umsetzung abhängen.

Frage 7:

Setzen Sie sich dafür ein, dass der Agenda 21-Prozess sowie globale Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsziele (MDGs + SDGs) durch die hessische Landesregierung und in den hessischen Kommunen gefördert werden?

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

VIII. BERÜCKSICHTIGUNG ENTWICKLUNGSPOLITISCHER KRITERIEN IM BESCHAFFUNGSWESEN DER HESSISCHEN LANDESREGIERUNG

Das Bundesland Hessen hat im Rahmen seiner Nachhaltigkeitsstrategie eine "nachhaltige und faire Beschaffung" als Ziel formuliert. 2013 hat das Land aber ein neues Vergabegesetz erlassen, das die Umsetzung dieser Selbstverpflichtung nur begrenzt ermöglicht.

Frage 8:

Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen, die hessische Landesregierung möge einen allgemeingültigen und rechtsverbindlichen Rahmen unter Einbeziehung der ILO-Kernarbeitsnormen bereit stellen (Novellierung des aktuellen Vergabegesetzes von 2013), der es den Landesinstitutionen und den Kommunen rechtlich gesichert ermöglicht, in der öffentlichen Beschaffung fair und nachhaltig produzierte und gehandelte Waren, z.B. durch Berücksichtigung der ILO Kernarbeitsnormen, einzukaufen und einzusetzen? Wären Sie darüber hinaus bereit, notwendige Beratungs- und Unterstützungsleistungen bereit zu stellen?

JA NEIN

WENN JA, WIE? _ WENN NEIN, WARUM NICHT?

JA NEIN

Siehe auch Beantwortung der Frage 6a.

IX. STÄRKERER EINSATZ HESSENS AUF BUNDES- UND EUROPAEBENE FÜR DIE ENTWICKLUNGSPOLITIK

Die BRD hat den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (UN-Zivilpakt), den UN-Sozialpakt und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte unterzeichnet. Daraus ergibt sich unserer Ansicht nach ebenfalls eine Verantwortung für die einzelnen Bundesländer, sich der Umsetzung der Erklärungen zu verpflichten und entsprechend zu handeln.

Frage 9:

Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen an die Hessische Landesregierung, im Sinne einer Regierungsführung der globalen Verantwortung Initiativen auf EU- und Bundesebene zu folgenden Themen zu initiieren bzw. mitzutragen?

- a. Einführung der sozialen Mindeststandards der ILO von 1998 sowie von Umweltstandards im Welthandel

JA NEIN

- a. Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

- b. Entwicklung eines „Aktionsplans Wirtschaft und Menschenrechte“ nach Vorgabe der vom UN-Menschenrechtsrat 2011 einstimmig angenommenen „UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte“

JA NEIN

- b. Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

- c. Abschaffung von Exportsubventionen und Schutz regionaler Märkte, Förderung nachhaltiger regionaler Agrarproduktion

JA NEIN

- c. Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

- d. Einführung demokratischer Strukturen in der „Global Governance“ und umfassende Verankerung der Menschenrechte in den Leitlinien und der operativen Arbeit von WTO, IWF, Weltbank und weiterer internationaler Institutionen

JA NEIN

- d. Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

- e. Umfassende Schuldentilgung für Länder des Südens in Verbindung mit Maßnahmen, die eine nachhaltige und eigenständige Entwicklung gewährleisten

JA NEIN

- e. Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

- f. Verbot von Rüstungsexporten in Länder, welche diese Waffen gegen ihre eigene Bevölkerung anwenden könnten, wie dies auch auf die Leopard II-Panzer zutrifft, die in Kassel produziert werden. Besonderes Augenmerk ist dabei auf den möglichen Export von Kleinwaffen und Dual-Use-Produkten sowie entsprechende Lizenzen zu richten.

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

JA NEIN

Die Fragen beziehen sich im Wesentlichen auf die Bundespolitik. Die Hessische SPD teil voll umfänglich das von der Bundes SPD entwickelte Programm, in dem folgendes ausgeführt ist: „Leitbild unserer Entwicklungspolitik bleibt eine globale Strukturpolitik, die die internationalen Rahmenbedingungen entwicklungsfreundlich und nachhaltig gestaltet und die großen Zukunftsaufgaben als gemeinsame Herausforderung begreift. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind auch dabei unsere Grundwerte.

Ziele unserer Entwicklungspolitik sind die Überwindung von Armut und Hunger in der Welt, der Schutz der globalen öffentlichen Güter und die Verwirklichung der Menschenrechte. Wir stehen zu unseren internationalen Verpflichtungen. Mit unserer Hilfe unterstützen wir die eigenen Anstrengungen der in Armut lebenden Menschen. Damit sie wirkt, braucht es verantwortliche Regierungen, aktive Bürgerinnen und Bürger sowie Rahmenbedingungen, die soziale Gerechtigkeit, nachhaltige Entwicklung und Frieden fördern.

Wir stehen zu einem eigenständigen BMZ als Bundesministerium für globale Zusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung mit der Zuständigkeit für globale Zukunftsaufgaben. Nur ein solches Ministerium kann glaubwürdig und leistungsfähig den Herausforderungen begegnen.

Wir wollen zukünftig die Zusammenarbeit verstärkt auf die ärmsten Entwicklungsländer sowie fragile Staaten und Regionen konzentrieren, ohne aber die Zusammenarbeit mit schon weiter fortgeschrittenen Ländern aufzugeben.

Notwendig für die Überwindung von Armut ist ein breitenwirksames, nachhaltiges Wachstum. Dafür bedarf es der Überwindung von Ungleichheiten in den Gesellschaften und der Schaffung von guter Arbeit, die sich an der Decent Work Agenda der ILO orientiert, der Investitionen in landwirtschaftliche Entwicklung, der Hilfen beim Auf- und Ausbau sozialer Sicherungssysteme im Sinne eines Basisschutzes nach dem Konzept des Social Protection Floors der

UN und der ILO sowie der Gleichstellung von Männern und Frauen. Notwendige Bedingungen dafür sind der Zugang zu guter Bildung, Gesundheitsversorgung und Ernährung.

Wir wollen den Hunger bekämpfen und Ernährungssicherheit verwirklichen. Deshalb nutzen wir alle Möglichkeiten, um die Spekulation mit Nahrungsmittelpreisen zu verhindern.

Wir wirken in den Partnerländern auf eine Verwirklichung von Menschenrechten und die Förderung demokratischer Beteiligung und Rechtsstaatlichkeit hin. Wir wollen dazu beitragen, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte und die politischen Menschenrechte zu verwirklichen.

Frauen sind zentrale Akteurinnen für Entwicklungsprozesse. Voraussetzung dafür ist es, ihre persönlichen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Selbstbestimmungsrechte zu stärken. Ihr Zugang zu Familienplanung ist zu gewährleisten. Gewalt gegen Frauen in jeder Form ist zu bekämpfen.

Die Millenniums-Entwicklungsziele wollen wir entschlossen verfolgen und unseren Beitrag leisten, damit sie bis 2015 umgesetzt werden. Dies gilt vor allem für die Bekämpfung der Mütter- und Kindersterblichkeit sowie von HIV/AIDS, Tuberkulose und Malaria. Wir wollen uns beteiligen an der Weiterentwicklung der Millenniumsentwicklungsziele zu „Zielen der nachhaltigen Entwicklung“ (Sustainable Development Goals), die Teil des neuen Rahmenwerks für globale Entwicklungspolitik von 2015 bis 2030 werden sollen. Bei all dem ist die Zivilgesellschaft ein zentraler Partner. Wir erkennen ihren wichtigen Beitrag für Gerechtigkeit, den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, politische Teilhabe und demokratische Entwicklung an – gerade auch in fragilen Staaten. Ihre wichtige Bildungs- und Anwaltschaftsarbeit werden wir verstärkt unterstützen. Wir wollen das Freiwilligenprogramm „weltwärts“ als einen wertvollen Beitrag zur entwicklungspolitischen Bildungsarbeit ausbauen.

Private Investitionen leisten einen erheblichen Beitrag für die wirtschaftliche Entwicklung und die Überwindung von Armut. Wir wollen den Auf- und Ausbau des privaten Sektors in den Partnerländern unterstützen, soweit er den Prinzipien nachhaltiger sozialer und ökologischer Entwicklung folgt. Auch global tätige Unternehmen tragen Verantwortung für die Einhaltung der Menschenrechte. Wir setzen uns ein für erweiterte Transparenzanforderungen für transnationale Unternehmen, insbesondere im Rohstoffsektor, durch länder- und projektbezogene Berichtspflichten.

Entwicklungspolitik muss die Strategien der Partnerländer einbeziehen.

Budgethilfe trägt wesentlich zu einer stärkeren Selbstverantwortung der Partnerländer bei.

Aufstrebende Schwellenländer haben an Bedeutung und Einfluss gewonnen und müssen verstärkt Mitverantwortung bei Armutsbekämpfung und friedenspolitischen Initiativen vor

Es gilt, die multilaterale Zusammenarbeit zu stärken. Dafür muss die deutsche Entwicklungspolitik in ein europäisches Gesamtkonzept eingebettet werden und konsequent auf eine abgestimmte und arbeitsteilige Zusammenarbeit hinarbeiten. Die Trennung von technischer und finanzieller Entwicklungszusammenarbeit, die so nur in Deutschland besteht und zu Doppelstrukturen führt, ist zu überwinden.

In den internationalen Finanz- und Wirtschaftsinstitutionen sollen die Entwicklungs- und Schwellenländer größeres Gewicht haben. Insgesamt gilt es, die Stimmen von Entwicklungs- und Schwellenländern in der Global Governance zu stärken. Gleichzeitig treten wir weiterhin für einen Globalen Rat der Vereinten Nationen für Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik ein. Er soll wirtschaftliche Interessen, soziale Bedürfnisse und ökologische Notwendigkeiten aufeinander abstimmen.

Nachhaltige Entwicklungspolitik muss eng mit globaler Umweltpolitik verbunden sein. Die ärmeren Länder bedürfen besonderer Unterstützung, um den Klimaveränderungen entgegenzuwirken und um einen schnelleren Ausbau Erneuerbarer Energien und mehr Energieeffizienz zu erreichen. Auch den Schutz des Regenwaldes und anderer Ökosysteme müssen wir voranbringen. Die deutschen Finanzzusagen für den Schutz der Wälder und der biologischen Vielfalt werden wir umsetzen.

Wir wissen: Umfassender Frieden setzt soziale Gerechtigkeit und faire Entwicklung voraus. Ohne das eine kann das andere nicht gelingen. Diese Überzeugung ist und bleibt Kern unserer vorausschauenden sozialdemokratischen Friedenspolitik.“

In diesem Sinn wird auch eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung im Bundesrat tätig werden.

X. STÄRKERE VERNETZUNG ZWISCHEN KLIMASCHUTZ UND ENTWICKLUNGSPROJEKTEN ALS BEITRAG ZU GLOBALER GERECHTIGKEIT UND NACHHALTIGER ENTWICKLUNG

Die entwicklungspolitischen Herausforderungen sind in den letzten Jahren zunehmend komplexer geworden. Die bisherige **Wachstumsorientierung** als Entwicklungsmaßstab muss angesichts **klimabedingter Katastrophen** und sozialer Verwerfungen in Industrie-, Schwellen- und „Entwicklungsländern“ grundlegend in Frage gestellt werden. An deren Stelle müssen Kriterien gestellt werden, die Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit, nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung miteinander verbinden. Entwicklungspolitik muss als Strukturpolitik zu globaler sozial-ökologischer Transformation beitragen und die MDGs zu globalen Nachhaltigkeitszielen weiterentwickelt werden.

Frage 10:

Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen, die hessische Landesregierung möge

- a. verstärkt solche Projekte unterstützen, die Klimaschutz, globale Gerechtigkeit, nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung verbinden?

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

JA NEIN

Siehe Beantwortung Frage 2b.

- b. mit konkreten Projekten die Förderung der Informations- und Sensibilisierungsarbeit, die globalen und lokalen Zusammenhänge zwischen Klimaschutz, Energiegerechtigkeit, sozialer Gerechtigkeit und nachhaltiger Entwicklung deutlich machen?

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

XI. MIGRATION, INTEGRATION UND ASYL IN HESSEN

In Hessen leben Menschen aus 195 Nationen. Zu ihnen zählen MigrantInnen, Flüchtlinge, temporär hier lebende StudentInnen und Arbeitskräfte. Sie alle tragen dazu bei, die Vielfalt und Offenheit, den Austausch von Gedanken, Erfahrungen, Werten und Ideen – und damit die Entwicklung in Hessen – zu fördern. Gleichzeitig tragen Sie vielfach zur Entwicklung in ihren Herkunftsländern bei. MigrantInnen überweisen jährlich ein Vielfaches der offiziell im Rahmen der weltweiten staatlichen Entwicklungshilfe fließenden Gelder in Form von Rücküberweisungen an ihre Angehörigen. Migrantisch-diasporische Vereine und Organisationen (MDO) engagieren sich sowohl in der Projektarbeit im globalen Süden als auch in der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit hier. Die Forderung nach Integration muss beinhalten, dass auch die deutsche Mehrheitsgesellschaft lernen muss, sich in verändernden gesellschaftlichen Verhältnissen zurecht zu finden, darin zukunftsgerichtet, offen und solidarisch zu handeln und rassistische Zuschreibungen zurückzuweisen.

EPN Hessen tritt dafür ein, dass gleiche Rechte und Teilhabemöglichkeiten nicht von der Herkunft eines Menschen abhängig gemacht werden und fordert eine Landespolitik, die ernsthaft dazu beiträgt, Diskriminierungen und Vorurteilen vorzubeugen bzw. abzubauen.

Frage 11a:

Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen, die hessische Landesregierung möge

- a. alles tun, damit MigrantInnen in Hessen zukünftig bezogen auf Verteilungsgerechtigkeit, Sicherstellung äquivalenter wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und politischer Teilhabe die gleichen Chancen und Möglichkeiten erhalten, wie Mitglieder der deutschen Mehrheitsgesellschaft?

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

- b. allen Formen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in der Gesellschaft, in Behörden und Institutionen, in der Schule und im Arbeitsleben aktiv entgegen treten sowie eine stabile und ausreichende Finanzierung von zivilgesellschaftlichen Projekten und Strukturen zum Abbau rassistischer Stereotype zur Unterstützung von Opfern rechtsextremer Gewalt zu gewährleisten?

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

- c. MigrantInnen und Diasporaorganisationen in Entscheidungsprozesse zu entwicklungspolitischen Fragen einbezogen werden und so ihre Expertise und Sicht auf Handelsbeziehungen, verantwortliches Unternehmertum und Demokratieförderung einbringen können?

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

Kriege, Armut und Flüchtlinge sind täglicher Teil der globalisierten Weltgesellschaft. Die individuellen Gründe für Flucht und Asyl liegen z.B. im Fehlen eigener Perspektiven, in den Unterschieden zwischen reich und arm, in Krieg oder Verfolgung. Von den weltweit rund 43 Millionen Flüchtlingen sucht nur ein geringer Teil Schutz in Europa. Menschen, die auf der Flucht sind oder Asyl suchen, gebührt ein besonderer rechtlicher und gesellschaftlicher Schutz und eine menschenwürdige Aufnahme.

Frage 11b:

Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen,

- a. dass der durch die hessische Verfassung und das Grundgesetz garantierte Schutz (Unverletzlichkeit der Person und der Familie, Recht auf Freizügigkeit) auch für Asylsuchende gilt, dies schließt die kostenfreie unabhängige Rechtberatung und die Abschaffung des Flughafenverfahrens ein. Insbesondere Minderjährige und kranke Menschen dürfen nicht abgeschoben und Familientrennungen müssen künftig verhindert werden.

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

- b. dass die Integrationsmöglichkeiten von Asylsuchenden in unserer Gesellschaft gestärkt und gefördert werden, insbesondere in der schulischen und beruflichen Ausbildung Jugendlicher sowie grundsätzlich bei der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit auch vor Abschluss des Asylverfahrens?

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

JA NEIN

Ich möchte bei der Beantwortung dieser Fragen auf unser Landtagswahlprogramm verweisen. Dort sind alle Fragen, insbesondere die zur Berufsanerkennung, der Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung, in großer Ausführlichkeit beantwortet: „Integration ist eine Aufgabe, die sich nicht nur Menschen mit Migrationshintergrund stellt – alle Menschen sehen sich vor der Aufgabe, einen eigenen Platz in unserer Gesellschaft zu finden. Bezogen auf Migration ist Integration die Verständigung und der Interessenausgleich zwischen lang ansässiger Bevölkerung und den in sich wiederum sehr unterschiedlichen Gruppen von Zuwanderern über die Grundlagen, Formen und Regeln des Zusammenlebens. Ihre Grundlagen sind Gleichberechtigung, Toleranz, gegenseitiger Respekt und die Anerkennung von eigenständiger kultureller Identität und Diversität. Menschen mit Migrationshintergrund müssen die Chance zur gleichberechtigten aktiven Teilhabe am gesamten politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben der Gesellschaft auf allen gesellschaftlichen und staatlichen Ebenen haben. Unser Ziel ist das gleichberechtigte, von gegenseitiger Wertschätzung geprägte Geschlecht, sexueller Identität und sozialem Hintergrund in einer am Grundgesetz ausgerichteten Rechts- und Wertegemeinschaft, die für Einheimische und Zugezogene die selbst- verständliche Grundlage für ein freiheitliches Zusammenleben bilden muss.

Integration ist keine Einbahnstraße. Damit Integration gelingt, sind beide Seiten in der Verantwortung. Sie müssen die Voraussetzungen für Austausch und Teilhabe Aller gemeinsam schaffen. Integration ist also ein wechselseitiger Prozess, der alle Teile der Bevölkerung und alle gesellschaftlichen und staatlichen Ebenen, Institutionen und Organisationen erfassen muss. Die meisten Probleme, mit denen sich Menschen mit Migrationshintergrund konfrontiert sehen und die das gleichberechtigte Zusammenleben nach wie vor erschweren, entspringen ihrer sozioökonomischen und soziokulturellen Lage. Dies ist bedeutsam für die Frage des richtigen Ansatzes einer sinnvollen Integrationspolitik. Zur konsequenten Umsetzung unserer integrationspolitischen Konzepte wollen wir eine verbindliche landesgesetzliche Grundlage schaffen.

Eine weitere zentrale Aufgabe unserer Integrationspolitik ist die gezielte Förderung von Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus Migrantenfamilien. Unser besonderes Augenmerk gilt

dabei dem erfolgreichen Übergang von der schulischen in die berufliche Ausbildung. Dabei hilft unser Programm „Jugendarbeitslosigkeit Null“. Wir forcieren die abschlussorientierte Nachqualifizierung sogenannter „Altfälle“. Jungen Erwachsenen ohne Schul- oder Berufsabschluss wollen wir neue Chancen eröffnen, um zum Beispiel einen Schulabschluss nachzuholen.

Der Zugang zum Arbeitsmarkt muss für die – dringend benötigten – Personen erleichtert werden, die ihre Berufsabschlüsse im Ausland erworben haben und nun in Deutschland arbeiten wollen. Das „Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz“ des Bundes, das für die erleichterte Anerkennung ausländischer Abschlüsse sorgen soll, ist dabei nur ein erster Schritt. Eine Anlaufstelle, die Betroffenen erste Informationen und Unterstützung bietet, fehlt. Wir haben für das entsprechende Landesgesetz und somit für die in die Zuständigkeit der Länder fallenden Berufe gefordert, einen Beratungsanspruch sicherzustellen und den Betroffenen auch bei Nichtanerkennung Möglichkeiten für die erforderlichen Anpassungs- und Nachqualifizierungsmaßnahmen zu eröffnen. Die Hessische Landesregierung hat diese Änderungsvorschläge der SPD in den Gesetzentwurf übernommen. Damit ist eine gute Lösung erreicht worden. Wir werden die Umsetzung des Gesetzes kritisch begleiten. Wir setzen uns mit Nachdruck für eine interkulturelle Öffnung der Verwaltung ein. Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund ist im öffentlichen Dienst gemessen an ihrem Anteil an der Erwerbsbevölkerung sehr gering. Und wenn sie denn in der Verwaltung tätig sind, besetzen sie nur sehr selten Führungspositionen. Wir wollen deshalb, dass Ausschreibungsverfahren entsprechend ausgestaltet werden. Zudem muss das Personal grundsätzlich eine Qualifizierung im Bereich der interkulturellen Kompetenz erhalten.

Der Anteil älterer Migrantinnen und Migranten nimmt kontinuierlich zu. Dies darf von der Politik nicht ignoriert werden. Wir wollen zu einer Versorgung beitragen, die kultursensibel unterschiedliche Lebenswege und Situationen berücksichtigt. Besonders setzen wir uns für mehr interkulturelle Sensibilität bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit ein.

Niemand flieht freiwillig. Viele Menschen verlassen ihr Heimatland, weil sie dort verfolgt, miss- handelt oder gefoltert werden, oder weil sie vor Bürgerkriegen, Hunger und Naturkatastrophen, (nicht staatlicher) geschlechtsspezifischer Verfolgung oder vor drückender wirtschaftlicher Not flüchten müssen. Die hessische Flüchtlingspolitik ist jedoch nach wie vor von sehr restriktiven Ansätzen geprägt. So hat die Residenzpflicht für Asylbewerberinnen und -bewerber die Integration bislang stark beeinträchtigt. Für die Pflege sozialer und familiärer Kontakte, aber auch für die Möglichkeit der Arbeitsaufnahme setzt sie

mitunter hohe bürokratische Hürden. Wir setzen uns daher für länderübergreifende Regelungen sowie eine bundesweite Aufhebung der Residenzpflicht ein.

Gerade beim Personenkreis der Geduldeten handelt es sich vielfach um qualifizierte Arbeitskräfte, die heute dringend benötigt werden. Ihnen wird – derzeit über Jahre hinweg – der Zugang zum Arbeitsmarkt verwehrt. Wir wollen Geduldeten den Zugang zu Beschäftigung erleichtern.

Wir wollen Ausländerbehörden zu Integrationsbehörden entwickeln, die Betroffenen auch als Servicestelle dienen können. Wir setzen uns außerdem für eine umfassende Neuregelung des Aufenthaltsrechts ein, die unter anderem auch Langzeitgeduldeten einen schnelleren Weg zur Erlangung eines rechtmäßigen Aufenthaltstitels ermöglicht. Nur Menschen, die hier eine verlässliche Perspektive haben, können auch erfolgreich integriert werden.

Das geltende Aufenthalts- und Staatsangehörigkeitsrecht wirkt nach wie vor integrationsfördernde Maßnahmen so ausgestaltet werden, dass den betroffenen Menschen der Zugang erleichtert wird und sie sich willkommen fühlen. Diskriminierung, Rassismus, Hass und Gewalt können sich

Gleichberechtigung setzt politische Teilhabe voraus – und durch politische Teilhabe wird Gleichberechtigung realisiert. Wir wollen daher das kommunale Wahlrecht für alle hier lebenden Menschen einführen und die Ungleichbehandlung zwischen EU-Bürgerinnen und -Bürgern und den Menschen aus Nicht-EU-Staaten beenden.

Eine weitere Möglichkeit der politischen Teilhabe ist die Einbürgerung. Nur durch sie öffnet sich der Weg zu allen politischen Rechten. Wir ermutigen deshalb alle Menschen mit nicht deutscher Staatsangehörigkeit, die ihren Lebensmittelpunkt auf Dauer in Deutschland sehen, diesen Weg zu gehen. Wir kämpfen dafür, dass die Hürden auf diesem Weg beseitigt werden, die doppelte Staatsangehörigkeit möglich gemacht und der optionszwang abgeschafft wird: Die bisherige Entscheidungspflicht beim Erreichen der Volljährigkeit schafft einen unzumutbaren Verwaltungsaufwand und führt außerdem zu Loyalitäts- und Identitätskonflikten.“